

VOM GOUVERNEMENT DES IMPERIUMS ZUR PARLAMENTARISCHEN REPUBLIK (FEBRUAR 1917 – MAI 1918)

Rähman MUSTAFAYEV

Doktor der Geschichtswissenschaften

M. Ä. Rüsulzadü hält eine Rede im Parlament, 1918



Der Erfolg der Februar-Revolution in Russland und die Formierung einer Übergangsregierung trug maßgeblich zur Beschleunigung der Entwicklung nationaler Bewegungen und der Entstehung neuer politischer Strukturen im Kaukasus bei. In Aserbaidschan wurde schon Anfang September des Jahres 1917 der „Zentrale

Transkaukasische Muslimische Nationalrat“ eingesetzt, der die führenden politischen Kräfte Aserbaidschans in sich vereinte. Im Verlauf des Sommers und Herbstes desselben Jahres wurde der Prozess der Konsolidierung dieser Kräfte unter der führenden Rolle der Partei „Müsavat“ abgeschlossen. Als „Müsavat“ die Herbst-Wahlen in den



A. Toptschubashev, Präsident des ADR-Parlaments, 1919

„Bakuer Rat der Arbeiter- und Soldaten-Deputierten“ gewann, bekräftigte das darauf folgende Parteitreffen das Bestreben seiner politischen Führungskräfte hin zu einer Autonomie Aserbaidschans im Bestand der Föderalen Republik Russland. Diese Haltung änderte sich jedoch nach der Oktober-Revolution und dem bewaffneten Umsturz der russischen Regierung durch die von Lenin angeführten Bolschewiken. So bewirkte die damit einhergehende Wandlung des politischen Programms in Moskau eine Abkehr der Bevölkerung der Randgebiete des Reiches von der Zentralmacht, woraufhin die nationalen Parteien sich weigerten die Herrschaft der Bolschewiken anzuerkennen. Am 28. November 1917 wurde der „Transkaukasische Kommissariat“ gegründet, der vorübergehend, bis zur Bildung der „Allrussischen Konstituierenden Versammlung“, das höchste Herrschaftsorgan im gesamten Transkaukasien bildete. Die Wahlen zur Versammlung, an denen 15 Parteien Transkaukasiens teilnahmen, fanden am 26.-28. November 1917 statt. Das Resultat bestätigte die Unverhältnismäßigkeit der Herrschaftsansprüche der Bolschewiken, die dabei nur einen geringen Anteil der Stimmen für sich gewinnen konnten (siehe Tabelle I).

Ungeachtet dessen und sich auf ihre militärische Stärke stützend lösten die Bolschewiken die Versammlung noch am Tag ihrer Eröffnung auf. Daraufhin wurde von den gewählten Deputierten der Region am 14. Februar 1918 der Beschluss zur Gründung eines regionalen Regierungsorgans, des „Transkaukasischen Sejm“, gefasst. Der Sejm bestand aus den Vertretern der Parteien, die zuvor in die konstituierende Versammlung gewählt worden waren, in proportionalem Anteil zu ihren gewonnenen Stimmen. Eine Beteiligung an diesem neuen Organ wurde jedoch von den Bolschewiken verweigert.

Tabelle I: Wahlergebnisse zur „Allrussischen Konstituierenden Versammlung“ im Transkaukasien, 26.-28. November 1917

Parteien	Gewonnene Stimmen
Menschewiken (georgisch)	661.934
Müsawat (aserbaidschanisch)	645.816
Hümmät (aserbaidschanisch)	84.748
Ittihad (aserbaidschanisch)	66.504
Daschnakutjun (armenisch)	558.400
Muslimische Sozialistische Fraktion	159.770
Partei der Sozialrevolutionäre	117.522
Bolschewiken	95.581

Mit dem daraufhin am 3. März 1918 geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk verpflichtete sich das sowjetische Russland, seine Streitkräfte aus dem Kaukasus abziehen und sich nicht in die Organisation der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Angelegenheiten der Region einzumischen. Weiterhin verpflichtete sich Russland dazu, die 5.000-6.000 Mann starken „armenischen Einheiten zu demobilisieren und aufzulösen“, die vom Russischen Reich für den Kampf gegen das Osmanische Imperium gegründet worden waren. Die bolschewistische Führung kam diesem Punkt jedoch nicht nach, und ein Dekret des Volkskommissars für Nationalitätenfragen Josef Stalin vom 16. März 1918 verordnete allen sowjetischen Einrichtungen die Beförderung und Unterstützung zur Formierung armenischer Freiwilligentruppen. Was folgte, war ein dramatisches militärisches Vorgehen der armenischen Einheiten gegen die türkische Bevölkerung in den okkupierten Territorien des Osmanischen Reiches sowie auch gegen die aserbaidschanische Bevölkerung im Kaukasus. Dabei wurden im Gouvernement Eriwan rund 200 aserbaidschanische Siedlungen, in denen



Erklärung der Unabhängigkeit der Aserbaidschanischen Demokratischen Republik (ADR), 28. Mai 1918, Tiflis

rund 135.000 Bewohner lebten, zerstört; 80.000 Muslime wurden zu Flüchtlingen. Sejm-Mitglied M. Seyidov bewertete das Vorgehen der armenischen Militäreinheiten gegen die muslimische Bevölkerung als „zielgerichtete Eroberung von zusammenhängenden Territorien für die Ansiedlung armenischer Flüchtlinge und die Gründung eines autonomen Armeniens“. Der Zusammenhalt des Sejm wurde weiterhin schwer erschüttert, als im März und April weitere Angriffe auf muslimische Zivilisten in und um die Stadt Baku erfolgten. Diese Ereignisse veranlassten viele aserbaidschanische Deputierte, die Frage der Unabhängigkeit für Aserbaidschan aufzuwerfen. Die muslimischen Deputierten zeigten sich dabei nicht nur mit der gleichgültigen und passiven Haltung der Sejm-Führung und der Transkaukasischen Regierung zu den armenischen Angriffen unzufrieden. Neben den Deportationen und der Politik der ethnischen Säuberung beunruhigten sie auch die sich festigenden Ansprüche der Daschnaken auf die Stadt Baku, welche neben ihrer Schlüsselrolle in der Region auch das nationale Zentrum der politischen Kräfte Aserbaidschans darstellte.

Die Existenz des Sejm endete mit der Unabhängigkeitserklärung Georgiens am 26. Mai 1918. Kurz darauf, am 28. Mai, votierte auch der Muslimische Nationalrat für die unverzügliche Erklärung Aserbaidschans zu einer „unabhängigen demokratischen Republik in den Grenzen des östlichen und südlichen Transkaukasien“. Für die lange Geschichte aserbaidschanischer Staatlichkeit bedeutete die Ausrufung der unabhängigen Aserbaidschanischen Demokratischen Republik (ADR), und damit der ersten Republik der islamischen Welt, ein herausragendes Ereignis.

Die geopolitische Bedeutung Aserbaidschans war insbesondere bestimmt durch seine einzigartige geographische Lage an den strategischen Schnittstellen zwischen Nord und Süd, Europa und Asien, dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer und der christlichen und islamischen Welt. Die Zeit zwischen 1918 und 1920 besiegelte einen sich über Jahrhunderte erstreckenden Prozess Aserbaidschans, in dem es sich vom Objekt regionaler Rivalität zwischen Russland, der Türkei und Persien zu einem selbstständigen – wenn auch nicht gleichberechtigten und weiterhin von äußerer politischer und militärischer Unterstützung abhängigen – Subjekt der internationalen Beziehungen entwickelte. Dennoch wurde das 23-monatige Bestehen der ADR von zwei gegensätzlichen politischen Tendenzen geprägt. So strebte auf der einen Seite die aserbaidschanische Regierung die Etablierung von gleichberechtigten Beziehungen mit dem sowjetischen Russland an, welche der Umsetzung von dreierlei nationaler Interessen Aserbaidschans dienen sollten: Erstens, der diplomatischen Anerkennung durch den größten und einflussreichsten Nachbarn; zweitens, der Gewährleistung der nationalen Sicherheit der ADR mithilfe stabiler diplomatischer Beziehungen auf Augenhöhe mit Russland; sowie drittens, der Wiederaufnahme althergebrachter Handelsbeziehungen und der Nutzung russischer Absatzmärkte für aserbaidschanisches Öl und andere Exportprodukte. Auf der anderen Seite stand dem die Politik Russlands gegenüber, welche die Nicht-Anerkennung Aserbaidschans verfolgte und dabei auf militärische und politische Druckausübung zurückgriff. Russland zielte damit auf die Schwächung der aserbaidschanischen Position auf der internationalen Bühne sowie die Destabilisierung der aserbaidschanischen Staatlichkeit ab. Letzteres wurde von regional-kaukasischen und Bakuer bolschewistischen Organisationen vorangetrieben, deren Repräsentanten im Rahmen aserbaidschanischer Rechtsstrukturen legal agieren konnten und sogar im Nationalparlament vertreten waren. Diese Politik stand im Kontext eines in seinen Ausmaßen weitaus größeren Prozesses, der in den Jahren 1917-1921 das gesamte Gebiet des russischen Imperiums erfasste. Die neue, sowjetische Variante des russischen Imperialismus war zwar auf einem neuen

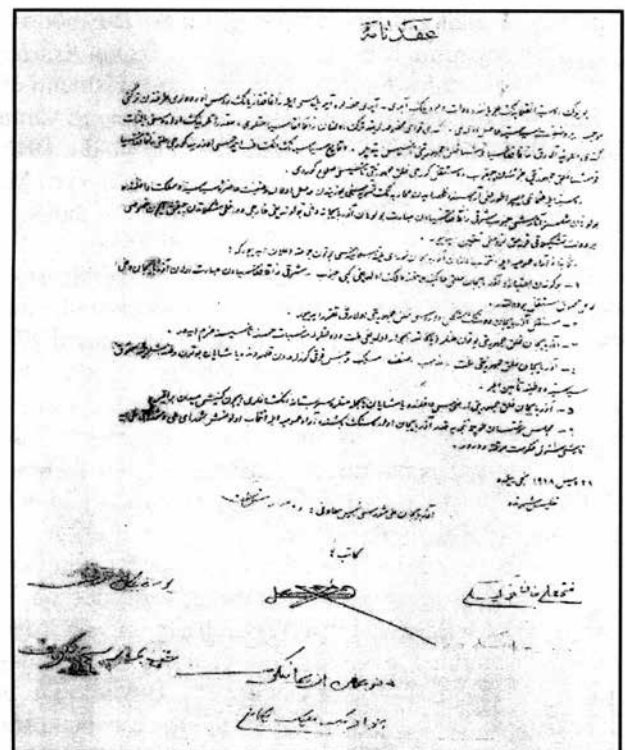
sozialen, politischen und ideologischen Fundament errichtet worden, dennoch blieben die geopolitischen Ziele ihrer Anführer unverändert: Die Beherrschung von ehemaligen „Randgebieten“ und die Etablierung von für Imperien typischen Abhängigkeitsbeziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie.

Einen weiteren wichtigen Faktor, der zum Niedergang der ADR und der Besetzung Aserbaidschans beitrug, bildeten die konvergierenden strategischen Ziele Sowjetrusslands und der kemalistischen Türkei in der Region des Südkaukasus. Sie beruhten auf dem Interesse der gegenseitigen Unterstützung beider Regierungen. Der politische Diskurs der Türkei richtete sich seit dem Moment des Machtübergangs zur nationalen Regierung von Kemal Atatürk und zur Großen Nationalversammlung die ihre Arbeit am 23. April 1920 aufnahm auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Russland. Das Russische Reich stellte für die Kemalisten nun die einzige Quelle militärischer, wirtschaftlicher und politischer Unterstützung dar. Damit ließen die Zusammenarbeit und die gemeinsamen Ziele dieser beiden großen Regionalmächte einer unabhängigen Zukunft Aserbaidschans keine Chance. Der namhafte amerikanische Wissenschaftler Tadeusz Swietochowski vertritt sogar den überzeugenden Standpunkt, der türkische Faktor habe eine entscheidende Rolle in der Organisation des bolschewistischen Umsturzes in Aserbaidschan im März und April 1920 gespielt: „Die türkischen Kemalisten in Baku mischten sich ein, um das Geschehen zugunsten der Regierung in Ankara zu beeinflussen. Während Anfang April erste Versammlungen zur Koordinierung der einzelnen Gruppen stattfanden, hatten einige Beteiligte bereits zuvor mit den aserbaidschanischen Kommunisten zusammengearbeitet und waren Mitbegründer der im März 1920 in Baku gegründeten Türkischen Kommunistischen Partei. Zur gleichen Zeit verabschiedete das Koordinationszentrum unter der Beteiligung von Halil Pascha und Fuad Sabit eine Resolution zur Krise in Aserbaidschan. Die drei Kernpunkte dieser Resolution bildeten 1) die schnellstmögliche Absetzung der amtierenden pro-britischen Regierung Aserbaidschans und deren Ablösung durch eine pro-bolschewistische Regierung; 2) die Bildung eines Komitees für

die Durchführung des Regierungswechsels, das die Bereiche Propaganda, Druck und Verlagswesen sowie das Militär unter bolschewistische Leitung stellen sollte. Der letzte Punkt 3) sah die die Besetzung Bakus durch die Rote Armee vor. Dies sollte jedoch nur auf Wunsch der Türkischen Kommunistischen Partei erfolgen, da es nach Meinung des von aserbajdschanischen und türkischen Kommunisten geführten Komitees eine [militärische] Eroberung Aserbaidschans zu vermeiden galt.“

Folglich fand Sowjetrussland die größte Unterstützung für seine in kürzester Zeit abgewickelte Besetzung Aserbaidschans bei der Türkei. Dies wurde zu einem späteren Zeitpunkt selbst von Führungskräften in Ankara bestätigt. So merkte Kemal Atatürk bei einer Sitzung der Großen Türkischen Nationalversammlung am 14. August 1920 an: „Den 10. und 11. [Sowjet-] Armeen war es nur mit unserer Hilfe und Einflussnahme möglich, den Nordkaukasus ohne Hindernisse zu durchqueren und in Aserbaidschan einzumarschieren. Die Aserbaidschaner empfingen die Streitkräfte vollkommen gelassen, und die Sowjetarmeen konnten die

Die Unabhängigkeitserklärung der Aserbaidschanischen Demokratischen Republik, verabschiedet vom Nationalrat am 28. Mai 1918



notwendigen militärstrategischen Maßnahmen an den Grenzen zu Armenien und Georgien ergreifen und mit ihnen gemeinsam mit uns in Kontakt treten.“

Eine weitere nicht minder entscheidende Rolle für den Niedergang der ADR spielte die fehlende militärische, politische und diplomatische Unterstützung ihrer Verbündeten, sprich der Siegermächte des 1. Weltkrieges, den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan. Diese hatten am 12. Januar 1919 den Obersten Rat der Pariser Friedenskonferenz gegründet und bildeten später, im März 1919 und nach dem Ausschluss Japans, den „Rat der Vier“.

Die Anerkennung der Unabhängigkeit der ADR und der anderen neu begründeten Nationalrepubliken an den Ausläufern des ehemaligen Russischen Imperiums wurde von diesen „Großen Vier“ nicht als eigenständige Angelegenheit betrachtet, sondern stets im Kontext der Beziehungen zu Sowjetrußland gesehen. Die Anerkennung der aserbajdschanischen Republik stand dabei in engem Zusammenhang mit der Lösung der sogenannten „Russischen Frage“. Darin ging es um die Frage nach dem Erfolg der Bemühungen dieser Mächte um die Rekonstitution einer monarchischen oder kapitalistisch-demokratischen Staatsordnung in Rußland. So erhielt Aserbajdschan seine Unterstützung nur wenn es den westlichen Interessen entsprach, vor allem im Hinblick auf die wirtschaftliche Blockade des sowjetischen Rußlands sowie die Einschränkung seiner Einflusssphäre

Aserbajdschanische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz, Anfang 1920



in Richtung Europa und Transkaukasien.

In den Jahren 1918-1919 verfolgten die führenden Westmächte zunächst uneingeschränkt die Strategie der geopolitischen Schwächung Sowjetrußlands, welches sie als eine kommunistische Bedrohung für die westliche Zivilisation betrachteten. Doch die Grenzen des westlichen Einflusses und des Strebens die Bolschewiken durch gewaltsame Konfrontation aufzuhalten, wurden in britischen Regierungskreisen bereits zu Beginn des Jahres 1919 deutlich. Großbritannien fand sich dabei in einer Situation wieder, in der ein weiterer Ausbau der anti-bolschewistischen Militärintervention sowie auch die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Blockaden gegen Rußland zu einer tiefgreifenden innenpolitischen und ökonomischen Destabilisierung des Landes führen konnte. Dieser Umstand spiegelte sich somit auch in der Politik Großbritanniens gegenüber der ADR wieder. Vor diesem Hintergrund einer endgültigen Neubewertung der Situation und der Erkenntnis, dass die Wiederherstellung der Moskauer Gewalt über die transkaukasischen Republiken nicht aufzuhalten war, kam es bereits Mitte 1919 zu einer Revision der britischen Unterstützung für die Unabhängigkeit Aserbajdschans und Georgiens. So lautete es in einem Memorandum des britischen Außenministeriums, dass „die britischen Interessen nicht ausreichend stark waren, um die undankbare Aufgabe einer längerfristigen Schutzherrschaft über die Region Transkaukasiens auszuüben“.

Folglich wurden bis Ende August 1919 – mit Ausnahme eines kleinen Militärstützpunktes in Batumi und einer diplomatischen Mission in Baku, geleitet vom Obersten Kommissar für Transkaukasien Oliver Wardrop – alle britischen Streitkräfte aus der Region abgezogen. Sie galten bis dahin als Garanten für die fragile Unabhängigkeit der ADR.

Zu den Grundpfeilern der Politik Washingtons gegenüber Europa gehörte in der Zeit zwischen Ende 1918 und Anfang 1920 die Schaffung eines Gleichgewichts der Kräfte auf dem Kontinent. Aus dieser Perspektive war Deutschland in der Lage den Einfluss Großbritanniens und Frankreichs einzuschränken, sowie die kleinen Staaten Europas im Gegenzug den Einfluss der großen Staaten begrenzen. Nur ein solches System konnte den USA die führende Rolle

*Nationalhymne der ADR. Melodie: Üzeyir Hadschibäyov,
Text: Ächmüd Dschavad*

in der Nachkriegszeit garantieren und ihren Status als führende Weltmacht festigen. Demnach leitete sich auch die US-Politik gegenüber Russland aus den oben genannten strategischen Überlegungen ab. Russland wurde darin als ein Faktor der Machtbegrenzung und Gegenbalance im europäischen System gesehen, indem es ein Gegengewicht zu Deutschland bilden sollte. So wurde die Frage der Unabhängigkeit der Republiken an den Randgebieten des russischen Imperiums nicht unter dem Gesichtspunkt ihrer Anerkennung betrachtet, sondern als Druckmittel gegenüber Russland benutzt, seine zugewiesenen Rolle einzuhalten.

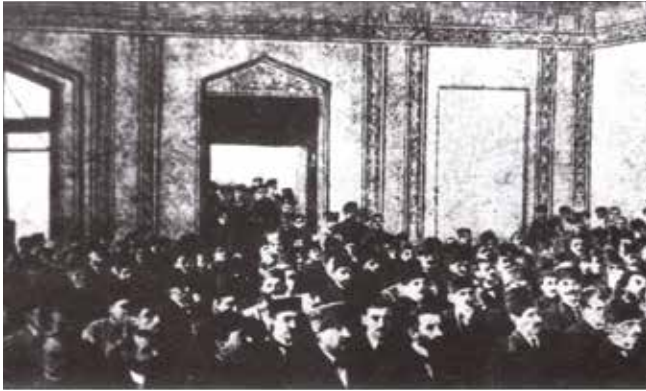
Aus diesen Gründen war eine schnelle Anerkennung und politische Unterstützung der jungen unabhängigen Republiken (darunter auch die ADR) auf dem Gebiet des ehemaligen russischen Imperiums nicht im Sinne der USA. Erkannt wurde diese Haltung vom Vorsitzenden der aserbajdschanischen Delegation Äli Märdan bəy Toptschubaschov auf der Friedenskonferenz in Versailles. Laut seiner Aussage habe sich US-Präsident Wilson bei einem Treffen mit Delegationsmitgliedern am 28. Mai 1919 klar und deutlich zur Haltung seines Landes zu dem Thema geäußert: Es läge demnach nicht im Interesse der USA, die Welt in kleine Stücke zu teilen und es wäre für Aserbajdschan ratsam, wenn es sich mit der Idee einer transkaukasischen Konföderation anfreunden und sich unter die Schutzherrschaft eines Staates aus der Liga der Nationen begeben würde. Die Frage nach der Anerkennung der ADR könne damit nicht vor der „Russischen Frage“ gelöst werden.

Die Haltung des kontinentalen Europas griff sogar noch weiter. So äußerten Regierungsvertreter Italiens in Gesprächen mit der ADR-Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz, dass im Falle der Entstehung einer russischen föderativen Republik (gemeint war damit eine kapitalistisch-demokratische, keine bolschewistische Republik, Anm. d. Autors) die transkaukasische Konföderation in den Bestand der Russischen Föderation eingehen könnte. Im Zuge der Weiterentwicklung dieses Ansatzes, diskutierten die Alliierten Staaten im Juni 1919 unter der maßgebenden Federführung Englands die Möglichkeit der Anerkennung von Alexander Koltshak als legitimen Herrscher über die Territorien des ehemaligen russischen Imperiums, riefen damit



jedoch rege Proteste der Delegationen aus Estland, Lettland, Georgien, der Ukraine und Aserbajdschan hervor. Die Position Roms zur Frage der Anerkennung Aserbajdschans wurde in einem Telegramm des Leiters der italienischen Militärmission in Transkaukasien Oberst Gabbe an den Leiter des Außenministeriums Aserbajdschans M. Djafarov am 31. Juli 1919 dargelegt: „Die Entsendung italienischer Truppen nach Transkaukasien zur Ablösung der britischen Streitkräfte wäre nicht angemessen. [...] Die Regierung des Königreichs Italien ist weiterhin bestrebt, freundschaftliche Beziehungen mit der Regierung Ihrer Republik aufrechtzuerhalten und die Entwicklung wirtschaftlicher, finanzieller und industrieller Kontakte zwischen beiden Ländern zu fördern“. Frankreich seinerseits äußerte sich noch zurückhaltender als seine Verbündeten zur Bereitschaft, die Unabhängigkeit der ADR zu unterstützen. Da sie nicht zu der Interessensphäre Frankreichs gehörte, stellte sie folglich kein Objekt des Interesses der französischen Diplomatie dar.

In diesem Sinne waren die westlichen Alliierten nicht bereit, durch die Anerkennung der ADR ihren zukünftigen Handlungsspielraum gegenüber Russland einzuschränken und dies, obwohl der Bolschewismus von den Westmächten – allen voran von Großbritannien,



Konstituierende Sitzung des Parlaments der ADR, 7. Dezember 1918, Baku

das zu dieser Zeit geopolitische Interessen in Persien, der Türkei, Indien und im Südkaukasus verfolgte – als eine ernste Bedrohung für die Stabilität ihres Einflusses in der Region betrachtet wurde.

Das Ende des Jahres 1919 brachte für die Alliierten dann jedoch einen „Moment der Wahrheit“, als im Zuge des Russischen Bürgerkrieges ein Umbruch stattfand und die Gefahr eines Vormarsches der Bolschewiken über den Kaukasus bis nach Persien und in die Türkei entstand. So trat der britische Premierminister Lloyd George am 17. November 1919 mit einer Rede vor das britische Unterhaus, in der er seine tiefe Besorgnis über die Entwicklung der Ereignisse auf dem Kaukasus und über die Gefahr des Vordringens der Bolschewiken in den Nahen Osten äußerte. Bezeichnend in der Rede des Premiers war die Tatsache, dass Aserbaidschan zwei Mal als ein Land erwähnt wurde, das nicht dazu bereit war, in den Bestand Sowjetrusslands einzutreten. Als Lloyd George dann Ende November mit Polk, dem Leiter der

Sitzung der ADR-Regierung, geleitet von Regierungschef N. Yusifbäyli, 1919



amerikanischen Delegation in Paris, sprach, warnte er ihn vor der wachsenden Gefahr, die von dem bolschewistischen Russland für Europa ausgehe: Georgien, Aserbaidschan, Bessarabien, Ukraine, die baltischen Provinzen, Finnland und möglicherweise sogar Sibirien müssten, so Lloyd George, unabhängig werden.

Die Ausarbeitung einer entschlosseneren Politik der Alliierten in Bezug auf die transkaukasische Region wurde von den Repräsentanten Großbritanniens in Baku und in Tiflis mit großem Nachdruck befürwortet. Diese hatten in ihren Berichterstattungen verzweifelt dazu aufgerufen, die strategisch wichtige Region, die reich an natürlichen Ressourcen sei und eine Brücke zu den traditionellen britischen Interessen darstelle, „nicht kampflos aufzugeben“. Zwar entschied man sich in London letztendlich gegen die Pläne, die Region zu verteidigen und die ADR mit militärischen Mitteln zu unterstützen. Dennoch war ein vollständiger Rückzug aus der Region für England aufgrund der drängenden Telegramme von Wardrop und Stocks, der Positionierung der Admiralität, der Annäherung von Kemalisten und Bolschewiken und allem voran der von Tag zu Tag anwachsenden „roten Gefahr“ in der Zone britischer Interessen nicht möglich. Folglich wurde ein Kompromiss zur Position Londons formuliert. Dieser sprach sich für die Anerkennung der ADR und gegen die Entsendung britischer Truppen in die Region aus.

Am 11. Januar 1920 verabschiedete der Oberste Rat der Alliierten auf einen Vorschlag von George Curzon hin einen Beschluss, der erklärte, dass die „Vereinigten und die Alliierten Staaten gemeinsam die Regierungen Aserbaidschans und Georgiens als de facto Staaten anerkennen“. Dieser Beschluss wurde von den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und später auch Japans angenommen; die USA jedoch lehnten den Beschluss ab.

Daraufhin wurde am 15. Januar 1920 eine Zeremonie zur offiziellen Überreichung dieses Beschlusses an die aserbaidschanische Delegation abgehalten. Zudem berieten sich Militärexperten in den Tagen zwischen dem 15. und 19. Januar zu der Frage nach militärischer Unterstützung der beiden anerkannten Republiken. Den Ergebnisbericht dazu erstattete Marschall Ferdinand Foch. Während sich Clemenceau, Foch und der

Verteidigungsminister Churchill für eine Entsendung von Truppen in den Kaukasus aussprachen, plädierten die britischen und italienischen Premierminister Lloyd George und Nitti lediglich für eine Beschränkung auf Waffen- und Munitionslieferungen an die Region. Ferdinand Foch erklärte weiterhin, dass er die Verteidigung des Kaukasus als einen Teil des Kampfes gegen den Bolschewismus sah und dass Länder wie Aserbaidschan, Georgien, Bessarabien, Polen, Estland und Lettland in diesem Sinne unterstützt werden müssten. Darüber hinaus sprach sich Foch für die Gründung einer Allianz zwischen den westlich-europäischen und transkaukasischen Staaten gegen den Bolschewismus aus.

Zum Abschluss der Sitzung erklärte der britische Premierminister außerdem die Notwendigkeit einer unverzüglichen Unterstützung der transkaukasischen Republiken durch die Bereitstellung von Waffen, Militärgerät und Ausrüstung. Gleichzeitig betonte er jedoch die Unmöglichkeit einer Truppenentsendung nach Aserbaidschan und Georgien und konstatierte, dass diese sich auf die Verteidigungsfähigkeit ihrer eigenen Armeen verlassen müssten. Als Ergebnis der Sitzung wurde dieses Vorgehen vom Obersten Rat in einem offiziellen Beschluss festgelegt.

In Wirklichkeit wurde jedoch die beschlossene Waffenlieferung an die ADR durch die westlichen Verbündeten niemals geleistet, und auch die de-facto Anerkennung der ADR durch die europäischen Staaten führte nicht zu einer anhaltenden stabilen politischen Unterstützung Aserbaidschans. Stattdessen blieb der Grad der politischen und diplomatischen Zusammenarbeit mit der ADR weiterhin von der für den Westen strategisch entscheidenden Lösung der „Russischen Frage“ abhängig. ❁

Anmerkungen:

1. Арутюнян А.О. Кавказский фронт в 1914-1917 гг. Ереван, 1971
2. Протоколы заседаний мусульманских фракций Закавказского Сейма и Азербайджанского национального совета 1918 г. Баку, 2006
3. Фатали Хан Хойский. Жизнь и деятельность (документы и материалы). Баку, 1998
4. Andrew Mango. Ataturk. London, 2004
5. Меморандум, предъявленный находящимся в Константинополе Почетным представителем держав Антанты членом Правительства Азербайджанской Республики, Чрезвычайным Министром-Посланником при Правительствах Ближневосточной Порты, Армении и Грузии Али Марданбеком Топчибашевым (ноябрь 1918). Баку, 1993.
6. Краснов В.Г., Дайнес В.О. Неизвестный Троцкий. Красный Бонапарт (документы, мнения, размышления). М., 2000.
7. Свиетоховский Т. Русский Азербайджан. «Хазар», №3, Баку, 1990.
8. Архив внешней политики Российской Федерации (АВП РФ), фонд 04 «Секретариат Чичерина. 1919-1930».
9. Азербайджанская Демократическая Республика (1918-1920). Армия (документы и материалы). Баку, 1998.
10. Азербайджанская Демократическая Республика (1918-1920). Внешняя политика (документы и материалы). Баку, 1998.
11. Азербайджанская Демократическая Республика (1918-1920). Парламент (стенографические отчеты). Баку, 1998.
12. Азербайджанская Демократическая Республика (1918-1920). Законодательные акты (сборник документов). Баку, 1998.
13. Margaret McMillan. Paris 1919 (Six months that changed the world). New York, 2003.
14. Трухановский В.Г. Уинстон Черчилль. Политическая биография. Москва. 1968.
15. Уткин А.И. Унижение России: Брест, Версаль, Мюнхен. Москва, 2004.
16. Донесения Председателя делегации Азербайджанской Демократической Республики на Версальской конференции (март-декабрь 1919 г.). «Хазар», №1, Баку, 1989 г.
17. Архив МИД Великобритании.
18. Гасанлы Джамиль. Признание АDR на Версальской мирной конференции. Журнал ИРС-Наследие, № 3(39), 2009, сс. 10-16.